



## **Volksabstimmung vom 25. September 2016**

### **Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“: Faktenblatt zum Engagement des Bundes**

---

# **Der Bund und die Grüne Wirtschaft**

**Ein schonenderer Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist nötig. Wirtschaft und Bevölkerung brauchen dafür Planungs- und Investitionssicherheit. Der Bundesrat setzt auf freiwilliges Engagement, Innovation und internationale Vernetzung. Anders als die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ wählt er einen pragmatischen, schrittweisen Ansatz.**

Weltweit werden zu viele natürliche Ressourcen wie Wasser, Boden, Luft oder Rohstoffe verbraucht. Der Klimawandel oder der Verlust an Biodiversität sind die Folgen davon. Die Schweizer Wirtschaft ist auf natürliche Ressourcen in ausreichender Menge und Qualität angewiesen. Sie hat daher ein starkes Interesse an einem schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und an ihrem effizienten Einsatz. Denn dadurch können die Kosten für Unternehmen und Haushalte sinken – und für die Wirtschaft eröffnen sich neue Chancen.

### **Klima-Übereinkommen von Paris und Energiestrategie 2050 schonen Ressourcen**

Mit dem Konzept für eine Grüne Wirtschaft strebt der Bundesrat eine ressourcenschonende Wirtschafts- und Konsumweise an. Ressourceneffizienz stärkt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Lebensqualität der Bevölkerung. Dieser Prozess braucht allerdings Zeit und muss umsichtig erfolgen. Die Volksinitiative hingegen will zu viel in zu kurzer Zeit.

Der Bund ist bereits heute daran, den Übergang zu einer ressourcenschonenderen und -effizienteren Wirtschaft zu intensivieren. Er geht dabei schrittweise und wirtschaftsverträglich vor, wie der Bundesrat in seinem Bericht „Grüne Wirtschaft: Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende und zukunftsfähige Schweiz“ erläutert.

Der Bundesrat setzt zudem auf ein international abgestimmtes Vorgehen. Weltweit verfolgen die UNO, die OECD, die EU und andere internationale Organisationen das Ziel einer Grünen Wirtschaft. Die Sustainable Development Goals (SDG) der UNO sind der global geltende Rahmen für nationale und internationale Bemühungen in diesem Bereich. Die SDGs, das EU-Kreislaufwirtschaftspaket sowie das Klima-Übereinkommen von Paris werden zu einer Grünen Wirtschaft beitragen. Mit der Umsetzung der Energiestrategie 2050 und einer ambitionierten Klimapolitik – bis 2030 sollen mindestens 50 % weniger Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 ausgestossen werden – macht die Schweiz grosse Schritte hin zu einer Grünen Wirtschaft.

## **Aktivitäten des Bundes**

Die folgenden Beispiele belegen das Engagement des Bundes im Bereich Grüne Wirtschaft:

### **1) Nationales Netzwerk zur Förderung der Ressourceneffizienz bei Unternehmen (Reffnet.ch)**

Das Netzwerk „Reffnet.ch“ von Wirtschaft, Wissenschaft und Bund zeigt Unternehmen auf, wo und wie sie Material, Energie und Kosten sparen können. Unternehmen, insbesondere KMU, können kostenlos bis zu fünf Beratungstage beanspruchen, um einen Massnahmenplan zur Verbesserung ihrer Ressourceneffizienz zu erarbeiten und umzusetzen. Dieses Angebot ergänzt bestehende Bundesprogramme im Bereich der CO<sub>2</sub>-Reduktion.

### **2) Ökologische Nachhaltigkeit im Finanzmarkt**

Der Bundesrat hat im Frühling 2016 die Rolle der Schweiz zum Thema ökologische Nachhaltigkeit im Finanzmarkt festgelegt und damit Grundlagen für eine konsistente Politik der Schweiz geschaffen. Das Thema der Nachhaltigkeit gewinnt auch in der globalen und nationalen Finanzmarktpolitik an Bedeutung.

### **3) Neue Regelungen für eine Kreislaufwirtschaft**

Werden Stoffe wiederverwertet und damit natürliche Ressourcen geschont, profitiert die Volkswirtschaft. Denn geschlossene Rohstoff-Kreisläufe führen mittel- und langfristig zu einer günstigeren Entsorgungsinfrastruktur, da zum Beispiel bei den Kehrlichtverbrennungsanlagen Kapazitäten eingespart werden können. Dies kommt den Haushalten und Unternehmen zugute. Die neue Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen legt die Regelungen für eine Kreislaufwirtschaft fest. So wird etwa – mit einer wirtschaftsverträglichen Übergangsfrist von zehn Jahren – die Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm, Tier- und Knochenmehl zur Pflicht.

### **4) Nachhaltiges Bauen**

Der Bund fördert nachhaltiges Bauen; beispielsweise mit dem Netzwerk Nachhaltiges Bauen. Es hat zum Ziel, die Kräfte auf internationaler Ebene zu bündeln und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, öffentlicher Hand, Bildung, Politik und Wissenschaft in diesem Thema zu stärken. Das Netzwerk ist zudem Trägerorganisation des „Standard nachhaltiges Bauen Schweiz“, welcher die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt) für den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie berücksichtigt. Seit August 2016 ist auch eine Zertifizierung möglich (<http://www.nnbs.ch/>).

### **5) Cleantech als Wachstumsmarkt und Pionier**

Der Bund unterstützt Unternehmen, die auf Cleantech setzen, beim Erschliessen neuer Märkte im Ausland. Solche Unternehmen nutzen Rohstoffe und Energie sparsam und schonen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft. Zu Cleantech gehören erneuerbare Energien, erneuerbare Werkstoffe, Recycling, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, biologische Produktionsverfahren und Umwelttechnik. Cleantech-Unternehmen produzieren effizient, steigern so ihre Wettbewerbskraft und schaffen Arbeitsplätze in Forschung, Entwicklung und Produktion. Cleantech ist ein Wachstumsmarkt – weltweit und in der Schweiz.

## **6) Umweltforschung – NFP 73 „Nachhaltige Wirtschaft“**

Im Frühling 2016 hat der Bundesrat ein neues Nationales Forschungsprogramm (NFP) «Nachhaltige Wirtschaft» lanciert. Aus diesem NFP werden wichtige Beiträge und Erkenntnisse für eine nachhaltige Wirtschaft mit effizienterem Ressourceneinsatz und grösserer Ressourcensicherheit erwartet. Dies soll unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft begünstigen und die Wohlfahrt der Bevölkerung fördern. Die Dauer des Programms beträgt fünf Jahre, das Budget beläuft sich auf insgesamt 20 Millionen Franken.

## **7) Umweltinnovation – Umwelttechnologieförderung**

Der Bund fördert Innovationen zur Energie- und Ressourcenschonung von der Entwicklung bis zur Markteinführung mit einer Palette von gezielten Instrumenten. Dazu gehören etwa das Pilot-, Demonstrations- und Leuchtturmprogramm des Bundesamtes für Energie oder die Förderung von Umwelttechnologien des Bundesamtes für Umwelt (BAFU). Damit soll die Umwelt mit ressourceneffizienten Produkten, Technologien und Prozessen entlastet sowie die Energie- und Ressourceneffizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft gestärkt werden.

## **8) Umweltbildung auf allen Stufen des Bildungssystems**

Die Umweltbildung ist Teil der bewährten schweizerischen Umweltpolitik. Das BAFU fördert die Integration der Umweltbildung in alle Bildungsbereiche des schweizerischen Bildungssystems. So geht es in der Berufsbildung um die Förderung der Kompetenzen von Berufsleuten, die den Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sicherstellen sowie die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften im Betrieb ermöglichen.

## **9) Nachhaltige öffentliche Beschaffung**

Die öffentliche Hand auf allen Staatsebenen beschafft jährlich Güter und Dienstleistungen für rund 40 Mrd. CHF und hat damit ein grosses Gewicht. Indem sie umweltverträgliche und ressourcenschonende Produkte beansprucht, kann die öffentliche Hand aktiv zur Ökologisierung der Märkte beitragen und den Übergang zu einer Grünen Wirtschaft fördern. Damit übernimmt sie auch eine Vorbildrolle. Mithilfe von Mindestanforderungen und Leitfäden kann bei Ausschreibungen die Umweltdimension auf verschiedene Weise berücksichtigt werden. In vielen Fällen können mit umweltfreundlichen und ressourceneffizienten Produkten Betriebskosten gesenkt werden.